

Die Gerechtigkeitslücke wird größer

Rund(t) heraus

Es geht uns gut! Wenn man den Politikerinnen und Politikern sowie Wirtschaftsforschungsinstituten glaubt, leben wir in einer Phase des Aufschwungs. Doch kommt dieser denn bei den Menschen an? Während Managergehälter für ihr exorbitantes Steigen in der öffentlichen Kritik stehen und die Zahl der Reichen in unserem Land steigt, gibt es auch die Schattenseite.

Beispiel 1: Wieder einmal hat die Bundesregierung einen Armutsbericht vorgelegt. Der umgehend vom Bundesarbeitsminister schön kommentierte zentrale Befund lautet: 13 Prozent der Bundesbevölkerung sind arm. Allerdings geht der Paritätische davon aus, dass diese Quote, ohne statistische Taschenspielertricks berechnet, inzwischen schon bei realen 18 Prozent liegt. 1998 lag sie noch bei zwölf Prozent. Überproportional betroffen sind dabei Kinder, deren Armutsrisiko bei satten 26 Prozent liegt. Jedes vierte Kind lebt also in Armut!



Mit Recht, aber viel zu spät, dazu konzeptions- und kopfloslos, nimmt sich nun die Politik zumindest vorübergehend des Phänomens der Kinderarmut an, das keineswegs plötzlich über unsere an sich so reiche Republik hereingebrochen ist. Diese Entwicklung hat sich schon seit Jahren und unter stetiger Mahnung des Paritätischen täglich abgezeichnet. Und zwar deutlich!

Beispiel 2: Mit dem Abschluss der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst spätestens ist eine weitere Gerechtigkeitslücke öffentlich geworden, die die arbeitende Bevölkerung spaltet in Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die am steigenden Bruttosozialprodukt, also am wachsenden Wohlstand, teilhaben und solche, die es nicht tun.

Abgehängt von der allgemeinen Einkommensentwicklung werden gerade die Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die sich außerhalb des öffentlichen Dienstes im Sozial- und Gesundheitswesen engagieren und in den letzten Jahren ohnehin einer inzwischen unerträglichen Arbeitsverdichtung ausgesetzt waren. Der größte Teil dieser Mitarbeiterschaft arbeitet in sensiblen Bereichen, in der Pflege kranker und

gebrechlicher Menschen, in der Betreuung Hilfebedürftiger, in der Erziehung von Kindern, in Krankenhäusern ... Sie engagieren sich dabei oft weit über das arbeitsvertraglich vereinbarte Maß hinaus und erleben täglich mit Resignation, dass der unterdurchschnittlich geringe Lohn nicht einmal durch gesellschaftliche Anerkennung ausgeglichen wird.

Zu allem Überfluss wird ein grausames Spiel getrieben: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Verbänden direkt oder bei deren gemeinnützigen Mitgliedsorganisationen beschäftigt sind, dürfen bei steigenden Lebenshaltungskosten kaum mit Lohnerhöhungen rechnen, solange Kranken- und Pflegekassen sowie Sozialhilfeträger als Kostenträger nicht die Leistungsentgelte erhöhen und so eine kostendeckende und damit für den Erhalt des Arbeitsplatzes überlebenswichtige Refinanzierung ermöglichen.

Da, wo Lohnerhöhungen zum Beispiel in kommunalen Krankenhäusern tarifrechtlich zwingend sind, der Kostenträger oder der Gesetzgeber jedoch die Entgelte deckelt und nicht an die Entwicklung der Personalkosten anpasst, wird öffentlich von den politisch Verantwortlichen darüber philosophiert, die Einrichtungen an Privatgewerbliche zu veräußern, die ihrerseits frühestmögliche Tariffucht ankündigen.

Der politisch viel gelobte Aufschwung geht vorüber an vielen Menschen in unserem Land, an Armen, Rentnerinnen und Rentnern, Kindern, Alleinerziehenden und den Beschäftigten in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens. Die Schraube des Sozialabbaus wurde kräftig überdreht. Die nächste Bundestagswahl wird dies schmerzlich zeigen!



Cornelia Rundt
Vorstand